

eingeleiteten Verhandlungen mit Preußen über die Grenzfragen wieder aufgenommen wurden. Daß sich als erster der Soldatenrat dieser Angelegenheit durch Aufstellung utopischer Ziele bemächtigte, war nicht mehr als eine schnell vorübergehende Episode. Hamburg erreichte in seinen wieder überaus schwierigen und langwierigen Verhandlungen mit Preußen die erstrebte Gebietserweiterung nicht, die ihm nicht nur Reserven für den Hafen, sondern auch Siedlungsgebiet anschließend an den Hafen auf seiner Südseite hatte bringen sollen. Der 1929 mit Preußen zustande gekommene Vertrag brachte nur eine „Hafengemeinschaft“ und einen „Landesplanungsausschuß“ für die gemeinschaftliche Aufschließung des vorläufig mit einem Radius von 30 km angenommenen, die Städte Hamburg, Altona, Wandsbek und Harburg umfassenden einheitlichen Wirtschaftsgebietes.

Damit begann ein neuer Abschnitt der Entwicklung. Zu den Erfahrungen, die man vor dem Kriege seit der Cholerazeit gewonnen hatte, trat jetzt die nach dem Kriege überall im Reich einsetzende Wohnungsnot und ließ die Wohnungsfrage als die vordringlichste Aufgabe der Zeit erscheinen, in erster Linie die Beschaffung gesunder Kleinwohnungen. Die Sanierung der Innenstadt, die bei Kriegsende erst zur Hälfte des beabsichtigten Umfangs durchgeführt war, trat in den Hintergrund. Man beschränkte sich darauf, im Sanierungsgebiet um die Jacobikirche die Abrucharbeiten zu vollenden. Ein Teil der freigemachten Fläche wurde bebaut, und zwar wie an der Mönckebergstraße mit Kontorhäusern, darunter das vielgenannte Chilehaus. In der wirtschaftlichen Scheinblüte dieser Jahre war daran großer Bedarf. Das dritte Sanierungsgebiet, in der nördlichen Altstadt, eines der schlimmsten Gängeviertel, wagte die marxistische Stadtregierung aus Angst vor den hier in großer Menge hausenden Kommunisten nicht anzurühren.

Zwei Grundfragen tauchten bei der Beschaffung von Kleinwohnungen auf: woher das Geld nehmen? und: Hochbau oder Flachbau? d. h.: vielstöckiges Mietshaus oder niedrige Bauweisen bis herab zum Einfamilienhaus mit Garten?

Unmittelbar nach dem Kriege erwies sich die Finanzierung als ein für die Privatwirtschaft völlig unlösbares Problem, zumal die Baukosten gestiegen waren und weiter stiegen. Der Staat sprang zunächst selbst ein. Er baute weit im Norden in Langenhorn auf vom „Wohnungskommissar“ enteignetem Gelände eine große auf 800 Wohnungen bemessene Siedlung von Einfamilienhäusern in Gärten mit einem großen Schulgebäude, Turn- und Sportplatz als Mittelpunkt. Dem Wohnungselend der Arbeitermassen in der zusammengeballten Großstadt wollte man von nun an das andere Extrem gegenüberstellen. Es wäre hier aber auch aus technischen Gründen eine andere Siedlungsform nicht möglich gewesen, weil man in Ermangelung einer Kanalisation die Abwässer auf den Grundstücken verarbeiten lassen mußte. Der Staat wurde auf diese Weise selbst zum Hausbesitzer und Vermieter. Aber es erschien ausgeschlossen, daß er durch den Einsatz von Staatsmitteln allein die Wohnungsnot werde lindern, geschweige denn ihrer Herr werden können. Es erwies sich schließlich als einziger Ausweg, die von den höheren Mieten der neuen Wohnungen nicht betroffenen aus der Vorkriegszeit stammenden Altwohnungen zum Ausgleich mit einer Steuer zu belasten, der „Hauszinssteuer“, und die Erträge zur Finanzierung der Neubauwohnungen zu benutzen durch Abbildung der höheren Baukosten. Auf diese Weise ergab es sich im